STAATSKANZLEI-CHEF MARCEL HUBER ZU GAST IN DER REDAKTION

Keine falschen Anreize durch den Staat

Marcel Huber, Chef der bayerischen Staatskanzlei, geht davon aus, dass sich die Zahl der nach Deutschland drängenden Asylbewerber in diesem Jahr im Vergleich zu 2014 verdoppeln könnte. Bei einem Redaktionsgespräch mit den OVB-Heimatzeitungen forderte der Minister mehr europäische Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

VON NORBERT KOTTER

Rosenheim/Mühldorf – Wie stark der Bevölkerungszuwachs durch die Flüchtlingsströme in der Bundesrepublik ist, dafür hat der CSU-Politiker Zahlen parat. Hier seien im vergangenen Jahr rund 200 000 angekommen, Portugal beispielsweise habe ein paar Hundert aufgenommen. 70 Prozent aller ankommenden Flüchtlinge würden von fünf europäischen Ländern aufgenommen – darunter Deutschland. Neben einem gerechteren Verteilungsmodus spricht sich Huber auch dafür aus, die Lebensbedingungen für die Menschen in den Ländern zu verbessern, aus denen sie kommen. Das sei eine wesentliche Voraussetzung, um das Problem in den Griff zu bekommen. „Wir können Europa nicht zwingen, die Dinge von heute auf morgen anders zu regeln, aber geregelt werden müssen sie neu", lässt der Minister an der Verantwortung der EU keinen Zweifel.

Blick auf die Historie

Gleichzeitig wehrt er sich im Hinblick auf aufgetretene Engpässe in den Erstaufnahmeeinrichtungen gegen den Vorwurf, die Staatsregierung sei auf den Zustrom der Menschen nicht genügend vorbereitet gewesen. Er bemüht die Historie und erinnert daran, dass der Freistaat während des Balkankonflikts in den 90er-Jahren hohe Aufnahmekapazitäten bereit gehalten habe, die einige Jahre später nicht mehr benötigt und nach Kritik des Bundesrechnungshofes verringert worden seien. „Der IS-Terror, der Ukraine-Krieg und blutige Gewalt in Afrika haben in den vergangenen eineinhalb Jahren einen zusätzlichen Flüchtlingsstrom heraufbeschworen, der so nicht vorhersehbar war", sagte Huber.

Ein weiterer Zustrom von Menschen aus dem Kosovo müsse auf alle Fälle verhindert werden. Huber sieht in ihnen fast ausschließlich Armutsflüchtlinge, was auch durch die Tatsache belegt werde, dass der Großteil ihrer Asylanträge abgelehnt werde. Um eine rasche Abschiebung zu ermöglichen, dürften die Asylverfahren für Kosovaren nicht mehr länger als zwei Wochen dauern. „Wenn diese Menschen aufgrund eines langen Verfahrens sechs Monate lang Leistungen nach dem Asylwerberleistungsgesetz beziehen, ist das ein Zustand, der die Bevölkerung bei uns auf die Palme bringt. Da darf der Staat keine falschen Anreize schaffen", begründet der CSU-Politiker, warum die Kosovaren während ihres Asylverfahrens in Bayern sowie möglich nur Sachleistungen erhalten sollen.

Forderung nach mehr Personal

Um die Flut aller bundesweit gestellten Asylanträge rascher bearbeiten zu können, fordert er eine deutliche Personalaufstockung beim Bundesamt für Migration. Jeweils 300 neue Stellen für 2014 und 350 für 2015, das ist dem Leiter der Staatskanzlei zu wenig. „Die bräuchten mindestens 1000 Leute mehr. Es ist ärgerlich, dass die Bundesregierung hier nicht ausreichend reagiert." Die CSU werde in diesem Punkt weiter Druck in Berlin ausüben.

Weiter Druck machen will die CSU auch bei der Energiewende. Um die Stromversorgung nach dem Ausstieg aus der Kernkraft sicherstellen zu können, bedarf es nach Ansicht des Ministers eines „gesamtgesellschaftlichen Konsenses". Atomstrom durch Kohlestrom zu ersetzen, komme für die Staatsregierung nicht in Frage. „Der verstärkte Einsatz von Gas ist deshalb eine Option, über die man aus wirtschaftlichen und Umweltschutzgründen reden muss", so Huber. „Ich beneide ihn nicht", sagte er zu den Gesprächen, die Ministerpräsident Horst Seehofer zur Sicherung der Energieversorgung im Freistaat mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel führt – auch über neue Stromtrassen, die nach Bayern führen sollen und auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung stoßen. Wie berichtet, zeichnete sich zuletzt ein möglicher Kompromiss ab, der auch die weitere Nutzung von Gaskraft in Bayern vorsieht, die ebenso wie Kohlestrom subventioniert wird. „Am Ende muss ein Paket geschnürt werden", zeigte der Minister die Zielsetzung der Staatsregierung auf.

Die Zielsetzungen der Staatsregierung bei wichtigen politischen Fragen erläuterte Staatskanzlei-Chef Marcel Huber beim Redaktionsgespräch. FOTOS SIMETH

„Zwischen Haag und Rosenheim ist der Fall einfach. Da ist eine gute Lösung auf dem Weg", sagte Huber zu den Planungen für die B 15 neu. Er stellte sich hinter die Resolution des Kreistags, die die Notwendigkeit eines vierspurigen Ausbaus verneint und eine schnelle Fortsetzung beim Bau der Rosenheimer Westtangente sowie die zügige Realisierung einer Ortsumfahrung für Lengdorf fordert.

Wann bei der Westtangente die Bundesmittel für den zweiten Bauabschnitt zur Verfügung stehen und eventuell im weiteren Verlauf der Arbeiten von Süden und Norden her gleichzeitig gebaut werden kann, vermochte der Minister nicht zu sagen. Voraussetzung seien rechtskräftige Planungen. Nachdem es gegen verschiedene Trassenführungen in den Landkreisen Mühldorf und Erding erhebliche Widerstände gegeben habe, müsse nun die Bundesbauverwaltung für diesen Abschnitt prüfen, ob ein Bestandsausbau im Landkreis Erding oder eine Verkehrsführung auf einer bereits 1979 raumgeordneten Trasse durch den Landkreis Mühldorf sinnvoller sei. Auch hier sei aber ein durchgehend vierspuriger Ausbau vom Tisch.

Übereinstimmung mit Gabriele Bauer

Im Hinblick auf den Zulauf auf bayerischer Seite zum im Bau befindlichen Brennerbasistunnel stimmt der CSU-Politiker mit einer zentralen Forderung der Rosenheimer Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer überein. „Die Stadt darf nicht vom Fernverkehr abgeschnitten werden." Auch was den Lärmschutz für die Bevölkerung in Rosenheim und im Inntal bei einer Ertüchtigung der bestehenden Bahnstrecke beziehungsweise entlang einer eventuell zu errichtenden neuen Trasse betrifft, ist Hubers Position eindeutig. „Optimaler Lärmschutz ist zwingend. Da gibt es keine Kompromisse." Vier Meter hohe Betonwände, die das Landschaftsbild negativ beeinflussen, lehnt er ab. Der Minister fordert elegantere technische Lösungen und verweist auf seinen Heimatort Ampfing, wo man durchsichtige Lärmschutzwände in Glasbauweise errichtet habe. Ob sich der Freistaat Bayern an Lärmschutzmaßnahmen finanziell beteiligen kann, das ließ der Chef der Staatskanzlei allerdings offen. Er versprach jedoch, die Staatsregierung werde sich in dieser Frage eng mit dem Bund abstimmen, zumal Grundsatzentscheidungen zum Brennerzulauf auf jeden Fall in einem parlamentarischen Gremium getroffen werden müssten. Die Co-Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen war auch Thema bei einem Gipfeltreffen mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt kürzlich in Flintsbach (wir berichteten). Auch Vertreter der Bahn waren hier dabei.

Keine Sorge um Zukunft der CSU

Um die Zukunft der CSU macht sich Huber übrigens keine Sorgen. Ihr werde es weiterhin gelingen, die unterschiedlichen Interessen der Landbevölkerung und der Menschen in großen Städten in ihrer Politik zu vereinen. „Diese Gratwanderung absolvieren wir seit Jahrzehnten erfolgreich. Es ist doch klar, dass ein Kultusminister Spaenle in seinem Münchner Wahlkreis anders agieren muss als ein Otto Lederer in Rosenheim West.

Lederer und Huber werden sich übrigens schon bald wieder im Landkreis treffen: bei der traditionellen Frühjahrswallfahrt des katholischen Männervereins Tuntenhausen, dessen Vorsitzender der Minister ist. Der Verein gilt als CSU-treu und konservativ geprägt. Man habe bei den Wallfahrten in Tuntenhausen zwar stets „hochinteressante Redner" zu Gast, überbewerten will Huber diese Treffen aber nicht. „Direkten Einfluss auf die Partei hat der Verein nicht."

DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE